

Arbeitsgemeinschaft
Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR)

c/o TZW: DVGW-Technologiezentrum Wasser
Karlsruher Straße 84
76139 Karlsruhe

Telefon: +49 (0)721 9678-111
Telefax: +49 (0)721 9678-103
E-Mail: awbr@tzw.de

Karlsruhe, 05.02.2026

Medienmitteilung der AWBR (Sperrfrist bis am 06.02.2026)

Am Ende zahlen die Trinkwasserkunden: Können wir uns das noch leisten?

Ungenügender Trinkwasserschutz, unzureichende Stoffprüfung, unzulänglicher Rechtsvollzug, mangelnde Herstellerverantwortung, etc. verteuern das Trinkwasser. Wer schützt die Trinkwasserkunden vor diesen fremdverschuldeten Kosten und Risiken? Im heute vorgestellten Trinkwasser-Memorandum präsentiert der Trinkwassererverband AWBR zehn Grundsätze für eine zukunftsfähige und bezahlbare öffentliche Trinkwasserversorgung.

Mit dem heute vorgelegten Trinkwasser-Memorandum skizziert die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) im Interesse der über 10 Mio. von ihren Mitgliedswerken versorgten Menschen in CH, F, D, A und FL die Grundsätze für einer zukunftssichere und wirtschaftliche öffentliche Trinkwasserversorgung.

Gigantische Folgekosten – Jahr für Jahr

Laut Umweltbundesamt belaufen sich die Folgekosten, die durch Umweltbelastungen etwa in Form von Gesundheits- und Materialschäden, Ernteausfällen oder Schäden an Ökosystemen zulasten der Bevölkerung Deutschlands entstehen, auf über 300 Milliarden Euro pro Jahr ([Link](#)). Hinzu kommen die hohen versteckten Kosten der nicht nachhaltigen Landwirtschaft, die nur schon für die Schweiz jährlich über 30 Milliarden Franken geschätzt werden ([Link](#)). Diese Kosten sowie die damit verbundenen Risiken trägt die Allgemeinheit.



Trinkwasserqualität und Trinkwasserkosten machen „Bumerangs“ sichtbar

Die öffentliche Trinkwasserversorgung hat in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr die Versäumnisse und Fehlentwicklungen ausbaden müssen. Werden beispielsweise

- Wasserressourcen mangelhaft bewirtschaftet oder ungenügend geschützt,
- Verstöße gegen das Vorsorge- und Verursacherprinzip geduldet oder ignoriert,
- Problemstoffe wie Ewigkeitschemikalien oder toxisch-persistente Pestizide ohne ausreichende Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Rohwasserressourcen und Herstellerantwortung zugelassen,
- Wasserressourcen aufgrund ihrer Belastung aufgegeben und das Trinkwasser anderweitig beschafft,
- Wasservorkommen mehrstufig aufbereitet und die naturnahe Trinkwassergewinnung aufgegeben,
- wasserrechtliche Gestattungen nur befristet erteilt und bei Nutzungskonflikten andere Interessen höher gewichtet als das Trinkwasser,
- öffentliche Versorgungsaufgaben im Trinkwasserbereich privatisiert und Werterhaltungsinvestitionen ausgesetzt,

entstehen gesamtgesellschaftliche und kommunale Folgekosten, die sich dann auf der Trinkwasserrechnung niederschlagen.

Wie brisant diese Kostenfolgen einzuschätzen sind, lassen deutsche Versicherungsgesellschaften vermuten, die PFAS-Risiken explizit aus dem Versicherungsschutz ausschließen ([Link](#)). Welche Kosten den Wasserkunden drohen, zeigt auch das süddeutsche Rastatt, wo sich die Trinkwasserprix seit 2015 aufgrund von PFAS-belastetem Grundwasser und entsprechender Trinkwasserbereitung verdoppelt haben ([Link](#)).

Trinkwasserkunden müssen vor fremdverschuldeten Kosten und Risiken geschützt werden

Zum Schutz der Trinkwasserkunden geht die AWBR nun vor

- den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und
 - der Beratung der Volksinitiative „für eine sichere Ernährung“ im Schweizer Ständerat
- in die Offensive und präsentiert zehn Grundsätze, „damit unser Trinkwasser – unser wichtigstes Lebensmittel – auch in Zukunft sicher, verfügbar und für alle erschwinglich bleibt“, so die AWBR-Präsidenten Matthias Maier und Roman Wiget.

Matthias Maier: „Nach den Europäischen Fließgewässer- und Grundwasser-Memoranden erscheint nun folgerichtig unser drittes Memorandum, mit dem wir uns an die Politik und Behörden wenden, um die Erfordernisse einer integralen und gerechten Trinkwasserpoltik aufzuzeigen.“ Denn der gegenwärtige Trend geht Schritt für Schritt in die entgegengesetzte Richtung: Zahlreiche politische Vorstöße drohen aktuell den Trinkwasserschutz sowie die Rechts- und Planungssicherheit der öffentlichen Trinkwasserversorgung weiter zu schwächen.

„Werden die vorgeschlagenen Grundsätze umgesetzt, kann die Bevölkerung wirksam vor vielen Gefahren und Folgekosten bewahrt werden. Wenn nicht, ist es die gesamte Gesellschaft, deren Gesundheit, Sicherheit und Wohlfahrt Schaden nehmen“, so Roman Wiget.

Link: [Informationen - Memoranden - AWBR - Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein](#)

Beilage: Trinkwasser-Memorandum 2026 der AWBR

Kontakt: +49 (0)721 9678-111

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Matthias Maier



Roman Wiget